

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegramm-Adresse
"Tageblatt", Riesa.

Amtsblatt

Postpreisstelle
Nr. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 69.

Freitag, 24. März 1893, Abends.

46. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla, den Ausgabestellen, sowie am Schalter der kaiserl. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigenannahme für die Nummer des Ausgabestages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kasanthenstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Herm. Schmidt in Riesa.

Pferde-Versteigerung.

Montag, den 27. März 1893, Vormittags 11 Uhr sollen auf dem Reitplatz der 6. Batterie, Kaserne II, an der Friedrich Auguststraße, zwei ausgemusterte Dienstpferde öffentlich versteigert werden.

Königliches 3. Feld-Artillerie-Regiment Nr. 32.
von Wapdorf, Oberst und Regiments-Kommandeur.

Bestellungen

auf das mit Ausnahme der Sonn- und Festtage täglich Abends erscheinende „Riesner Tageblatt und Anzeiger“ (Elbeblatt und Anzeiger) für das

zweite Vierteljahr

werden noch von sämtlichen kaiserlichen Postanstalten, den Landbriefträgern, unseren Geschäftsstellen in Riesa und Strehla, sowie in den Ausgabestellen bei Herren Paul Holz, Ede Poppitzer- und Schützenstraße, A. B. Hennicke, Hauptstraße, Kaufmann Hermann Müller, Kaiser-Wilhelm-Platz und Paul Roschel, Bahnhofstraße bei Abholung vorrätig zum Preise von 1 Mk. 25 Pf. zahlbar pränumerando, angenommen; durch Träger frei ins Haus geliefert ist der Preis 1 Mk. 50 Pf., durch die Post frei in Haus 1 Mk. 65 Pf. (bei Abholung am Postschalter 1 Mk. 25 Pf.)

Inserate finden durch das „Riesner Tageblatt und Anzeiger“, da dasselbe in seinem Amtsbezirk die bei Weitem verbreitetste und gelesenste Zeitung, anerkanntermaßen die beste und zweckentsprechendste Verbreitung.

Riesa.

Die Geschäftsstelle.

Kasanthenstraße 59.

Tagesgeschichte.

Die von Ahlwardt im Reichstage beigebrachten Aktenstücke bestanden, wie jetzt bekannt wird, lediglich in geschäftlichen Quittungen über Zahlungen und Darlehen aus dem Jahre 1872, ausgestellt von der Disconto-Gesellschaft gegenüber der rumänischen Eisenbahn-Gesellschaft. Es handelt sich also hier lediglich um Schriftstücke einer Privatbank-Gesellschaft gegenüber einer ausländischen Privatbank-Gesellschaft. In Bezug auf den Reichsinvalidenfonds wußte Herr Ahlwardt nichts vorzulegen, als ein Exemplar einer von Rudolf Weyer im Jahre 1877 herausgegebenen Broschüre. — Die konservative Presse ist, so weit wir sehen können, durchaus mit dem kurzen Prozeß einverstanden, den der Reichstag mit dem Abg. Ahlwardt machte. Die „Kritik“ schreibt zum Beispiel: „Wir finden das Auftreten Ahlwardts beispiellos und unerhört, und nehmen nicht den mindesten Anstand, ihn den „schlimmsten Verleumdern“ zuzuzählen. Ahlwardt hat erklärt, daß er bereit sei, elf Aktenstücke auf den Tisch des Hauses niederzulegen, welche darthun sollen, daß bei der Verwaltung des Reichs-Invalidenfonds sich Dinge zugetragen hätten, durch welche das deutsche Volk um Hunderte von Millionen betrogen worden sei. So lange er diese Aussage einzulösen vermag, ist er, das wiederholen wir, als ein Verleumder der schlimmsten Art anzusehen und zu behandeln.“ Sodann aber erklärt das Blatt: „Wenn wir uns Ahlwardt drei Schritte vom Leibe halten, so ist, das kann nicht genug betont werden, damit nicht gesagt, daß wir uns nun den Juden in die Arme werfen müssen. Seine Verschuldung macht sie nicht besser, als sie sind; ihre Sache bleibt dieselbe, die sie war, d. h. die Sache unserer Gegner. Ihr ganzes Verhalten, das sehen wir, läßt das erkennen. Ahlwardt ist nur der Vorwand; das eigentliche Ziel sind wir. Sie wissen eben wohl, daß ihnen ein gelegentlicher Klopffechter dieser Art auf die Dauer nicht gefährlich wäre, wohl aber fürchten sie mit vollem Grunde die, welche ihnen mit Nachdruck, aber auch mit Maß entgegenreten.“ — Die Konservativen des Wahlkreises Friedeberg-Arnswalde hielten, wie vom „D. B. P.“ gemeldet wird, am Dienstag eine Versammlung ab, in welcher sie sich von Ahlwardt loslagten. Sie sprachen ihr Behauern aus, Ahlwardt zum Reichstags-Abgeordneten gewählt zu haben. — Dem „Dresdner Anz.“

schreibt man aus Berlin: Man erinnert sich nicht, im Reichstage ähnlich bewegte Auftritte erlebt zu haben, wie heute. Herr Ahlwardt darf sich rühmen, einen bei uns glücklicherweise bis dahin beispiellosen parlamentarischen Skandal hervorgerufen zu haben. Ohne die Beweise in den Händen zu haben, hat er leichtfertig und gewissenlos die schwersten Anschuldigungen in die Deffentlichkeit geschleudert und damit den deutschen Reichstag, ja sogar deutsche Regierungsmänner vor dem Lande und dem Auslande schmähen und herabsetzen wollen. Ob es ihm jemals gelingen wird, für seine ungeheuerlichen Beschuldigungen auch nur den Schatten eines Beweises beizubringen, ist überaus fraglich. Aber selbst wenn ihm dies wider Erwarten nach den Osterferien gelingen, wenn er das eine oder andere Aktenstück beibringen sollte, das irgend einen bekannten Parlamentarier bloßstellen könnte, so bleibt doch das Urtheil über sein gegenwärtiges Verfahren bestehen. Es war denn auch eine fürnliche moralische Hinrichtung, die von allen Seiten, auch von seinen nächsten Bestimmungsgenossen an dem Abgeordneten Ahlwardt vollzogen wurde. Ähnliche Scenen hat der deutsche Reichstag vordem nie erlebt und sie werden ihm hoffentlich künftig erspart bleiben! — Der neueste Ahlwardt-Skandal hat zwar die Wahl in Arnberg-Weißede-Olpe einigermaßen in den Hintergrund gedrängt, dennoch war auch dieses Ereigniß der Gegenstand lebhafter Erörterungen im Reichstage. Allgemein war man der Ansicht, daß die gegen den ausgesprochenen Willen, ja trotz eines förmlichen Verbotes der Parteileitung erfolgte Wahl des Redacteurs Zusangel eine bedeutende Tragweite insofern besitzt, als sie den längst vorhandenen, aber bisher immer geschickt verhüllten Riß im „festen Centrumsthorne“ deutlich erkennen läßt. Auch in diesem Falle kommt Alles auf den ersten Schritt an. Nachdem einmal Wähler, die seit Jahrzehnten blindlings dem von der Centrumsfraction ausgegebenen Lösungsworte gefolgt waren, sich offen aufgelegt und einem der Partei und dem Clerus nicht genehmen Candidaten mit überwältigender Mehrheit gewählt haben, wird das Beispiel der nächsten Gelegenheit sicher zahlreiche Nachahmung finden. An und für sich hat ja freilich die Wahl Zusangels keine Bedeutung. Dieser eine Mann wird sicher die Fraction nicht sprengen. Aber es ist anzunehmen, daß er nicht allzu lange vereinzelt bleiben wird. Die Wahl in Rehlheim hatte bereits angekündigt, daß die Tage der unerklärlichen Centrumsherrschaft dahin sind. Die Wahl in Olpe hat dies neuerdings bestätigt und weitere Beweise werden bei gegebener Gelegenheit gewiß nicht ausbleiben. In den Reihen der Centrumsfraction hat die Wahl des mit der Partei nicht belegten Redacteurs Zusangel eine Niederlage herbeigeführt, die man erst gar nicht zu verbergen trachtet. Man fühlt den bisher so festen Boden unter den Füßen wanken und sieht mit Besorgniß der nächsten Zukunft entgegen.

Durch die Angriffe des Abg. Ahlwardt auf nicht näher bezeichnete Vorkommnisse bei der Gründung des Reichsinvalidenfonds ist die Aufmerksamkeit auf diesen Fonds gelenkt worden und es dürfte daher am Plage sein, einiges über Entstehung und Bedeutung jener großen Klasse festzustellen, aus der die Pensionen für unsere Kriegs-Invaliden fließen. — Aus der Kriegsschädigung in Höhe von fünf Milliarden Franc, die Frankreich nach den Bestimmungen des Frankfurter Friedens an das Deutsche Reich zu zahlen hatte, wurden 561 Millionen Mark entnommen, aus deren Zinsen die Pensionen für die Invaliden aus dem deutsch-französischen Kriege gezahlt werden sollten. Aber nicht nur aus den Zinsen allein; denn da die Invaliden sich durch Tod nach und nach verringern, so durfte auch allmählich das Kapital sich verringern. Hätte man die ursprünglichen Pensionssätze beibehalten, so hätte der Fonds beträchtliche Ueberschüsse erzielt. Das war aber nicht der Zweck des einmal zu Pensionen bestimmten Fonds und deshalb hat man die erzielten Ueberschüsse zur Erhöhung der Pensionen verwendet. — Nach der von der Verwaltung des Invalidenfonds für den 30. Juni 1891 aufgestellten Bilanzberechnung

er, ab sich ein Aktiobestand von 463 084 078 Mark, während sich der Kapitalwerth der gegenüberstehenden Verbindlichkeiten einschließlich der Verwaltungskosten auf 346 115 704 Mark beifferte, so daß die Aktiomasse des Fonds anschlagnmäßig den Kapitalwerth der Verbindlichkeiten um 116 968 374 Mark überstieg. Seitdem hat sich dieser, zur Sicherstellung der auf den Fonds angewiesenen Ausgaben entbehrliche Ueberschuß noch erheblich erhöht. — Man hat aus der Kriegsschädigung außer dem Invalidenfonds noch andere Fonds geschaffen, so den Kriegsschatz im Juliusthurm zu Spandau (1.0 Millionen Mark in Gold), den Festungsbau, den Reichstagsbaufonds usw., der Rest aber ist zur Schuldentilgung verwandt worden. Das Reich hat aber schon wieder neue Schulden und zwar im Gesamtbetrage von 1600 Millionen Mark. Hätte man nun nach der Ahlwardtschen Idee den Reichsinvalidenfonds reicher ausgestattet, so würden weniger Schulden getilgt worden sein und der jetzige Stand der Reichsschuld und der Schulden der Einzelstaaten wäre um so viel höher, die Finanzlage im allgemeinen wäre also genau dieselbe.

Deutsches Reich. Der „Prov.-Ztg.“ zufolge hat Fürst Bismarck den Herren Rickmers und Schoof, welche am Sonntag seine Wüste in Friedrichsruh waren, in sichere Aussicht gestellt, daß er, falls es sein Gesundheitszustand zulasse, in diesem Jahre „zur Kirchenblüthe“ dem 19. hannoverschen Wahlkreise und der Stadt Bremerhaven einen Besuch abstatten werde.

Die konservative Partei will sich, nachdem sie ihr Programm geändert hat, nunmehr auch eine neue Organisation geben und hat eine Kommission ernannt, die sich mit der Vorberathung dazu beschäftigen soll. Mitglieder der Kommission sind Hr. v. Mantuffel, Graf v. Limburg-Stirum und Dr. Mehnert.

In den „Damb. Nachr.“ wird der Reichsregierung dringend empfohlen, die Militärvorlage einstweilen fallen zu lassen und in gegebener Frist, wenn die Spannung der jetzt vorhandenen Gegensätze nachgelassen hat, eine neue modifizierte einzubringen, von der nach den gemachten Erfahrungen anzunehmen wäre, daß sie eine Majorität im vorhandenen Reichstage finden würde. Das Blatt ist der Ansicht, daß die Schilderung, welche neulich von national-liberaler Seite im Reichstage von den Folgen einer unter den jetzigen Verhältnissen stattfindenden Auflösung entworfen wurde, nicht nur zutrefte, sondern von der Wirklichkeit überboten werden würde. Eine Niederlage der Regierung in einem neuen Reichstage sei gewiß.

Bei der Reichstags-Erstwahl in Ravensburg-Saulgau sind für Rembold (Centrum) 11 560, für Sauter (Volkspartei) 5423, für Müller (nationalliberal) 813 und für Tauscher (Sozialist) 541 Stimmen abgegeben worden.

Entgegen der Nachricht der „Nat.-Ztg.“ Herr von Bennigsen werde im Plenum des Reichstages seinen geschätzten Antrag zur Militärvorlage nicht wieder aufnehmen, erklärt die „D. Börz.-Ztg.“: Herr von Bennigsen wird seinen Antrag im Plenum wieder aufnehmen und es steht noch dahin, ob er nicht Freunde auch aus gegnerischem Lager in letzter Stunde finden wird.

Mit Bezug auf die zu erwartende Auflösung des gegenwärtigen Reichstages giebt die linksliberale „Magdb. Ztg.“ das folgende bemerkenswerthe Urtheil ab: „Wenn man sich erinnert, mit welchem Jubel vor drei Jahren das neue Wahlergebnis begrüßt wurde, wie man es als den wahren Ausdruck der Volkmeinung jenem „Produkt von Melini und Viktorin“ des Jahres 1887 gegenüberstellte, so muß der Ausgang des gegenwärtigen Reichstages sich wie ein Spott auf die damals gehegten Hoffnungen ausnehmen. Aus äußerlich treten in der mangelnden Theilnahmlosigkeit der Abgeordneten an den Verhandlungen Zeichen auf, die darauf schließen lassen, daß in Reichstagskreisen selbst die Erkenntniß von der Unhaltbarkeit des gegenwärtigen Zustandes sich Bahn gebrochen hatte. Schon vor der offiziellen Auflösung hatte der Reichstag sich tatsächlich selbst aufgelöst. Seit